Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,500.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter den Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 291. Mittwoch den 18. October 1882. 76. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Die Mitglieder des Rathes und des Stadtverordneten-Collegiums werden zu einer

Mittwoch, den 25. October d. J.
Abends 6¼ Uhr
im Saale der 1. Bürgerschule

abzuhaltenden gemeinschaftlichen öffentlichen Sitzung eingeladen.

Zweck der Sitzung ist die Vornahme der Wahl von Vertrauensmännern für den Ausschuß zur Feststellung der Schöffen- und Geschworenenlisten.

Leipzig, den 16. October 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Wangemann.

Bekanntmachung.

Wegen vorzunehmender Pflasterungsarbeiten wird die **Hallesche Straße**
von Mittwoch, den 18. ds. Mts. ab
für den durchgehenden
und von **Freitag, den 20. ds. Mts. ab**
für allen unbefugten Fahrverkehr
bis zur Fertigstellung der Arbeiten **gesperrt.**

Leipzig, den 16. October 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hennig.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit des § 1 der Instruction für die Ausführung von Wasserrohrleitungen und Wasseranlagen in Privatgrundstücken vom 1. Juli 1880 machen wir hierdurch bekannt, daß der Klempner

Herr **Bruno Mahler** hier,
Moritzstraße 15,

zur Uebernahme solcher Arbeiten bei uns sich angemeldet und den Besitz der hierzu erforderlichen Vorrichtungen nachgewiesen hat.

Leipzig, den 14. October 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Alttm.

Bekanntmachung.

In unser Firmenregister ist zufolge Verfügung vom 12. October 1882 heute Folgendes eingetragen worden:

Spalte 1: Laufende Nr. 247. Spalte 2: Bezeichnung des Firmeninhabers: Kaufmann und Fabrikant Karl Braun in Torgau.

Spalte 3: Ort der Niederlassung: Torgau. Spalte 4: Bezeichnung der Firma:

C. Braun.

Torgau, den 12. October 1882.

Königliches Amts-Gericht.

Nichtamtlicher Theil.

Allerlei Bündnißfragen.

Seit einigen Tagen tauchen in der europäischen Presse wieder allerlei Bündnißfragen und Gerüchte auf, die, wenn auch ihre Zuverlässigkeit einigermaßen zweifelhaft erscheint, doch im Hinblick auf die Quellen, denen sie entstammen, des Interesses kaum unwerth scheinen. Vor Allem ist zu bemerken, daß es abermals die orientalische Frage ist, welche sich auf die politisch-diplomatische Tagesordnung drängen möchte. Obwohl dieses Bestreben vorläufig noch keinen bedrohlichen Charakter angenommen hat, so wird man dennoch gut thun, die Tragweite zu ermägen, welche allen neuen Fragen und Veränderungen auf dem gefährlichen orientalischen Boden anzuhaften pflegt.

Die nach dem englischen Feldzuge in Egypten verbreiteten Nachrichten und Gerüchte bezüglich einer neuen Gruppirung der Mächte, sowie neuer Bündnisse, die angeblich im Entstehen begriffen seien oder versucht werden, sind trotz der verschiedenen officiösen Beruhigungsversuche noch nicht ganz verstummt. In Berlin, Wien und Rom scheint man gleich anfänglich enen Gerüchten wenig Glauben geschenkt zu haben und selbst in Petersburg und London verhielt man sich ziemlich zurückhaltend. Nur in Paris, von wo vielleicht jene Nachrichten ausgegangen, schien man Gefallen zu finden, im trüben diplomatischen Wasser weiter zu fischen.

Dagegen wird in neuester Zeit von Petersburg aus der Wunsch nach dem unveränderten Fortbestand der europäischen Lage betont während die „Times", die sich zumal in der Nachricht von einem bevorstehenden englisch-deutschen Bündnisse gefällt, gegenwärtig zu der Erklärung sich bequemen muß, England habe kein Einzelbündniß, sondern sei der Bundesgenosse aller Mächte. Mit einem Worte, es sind jedenfalls thatsächliche Anzeichen vorhanden, daß die Mehrzahl der europäischen Großmächte einer Veränderung der gegenwärtigen politischen Lage abgeneigt ist. Forscht man aber nach der Quelle der gegentheiligen Gerüchte, so wird man kaum seh gehen, in Herrn Gambetta den Mann zu erblicken, der für seine Zwecke die ihm dienstbaren Organe anzapft. Je ungünstiger die Folgen des egyptischen Feldzuges für Frankreich geschildert werden, desto leichter wird es Gambetta und seinem Anhange, darauf hinzuweisen, wie ganz anders die Dinge für Frankreich stünden, wenn das Ministerprogramm Gambetta's durchgeführt worden wäre. Noch mehr als dem Hinweise auf die Schädigung Frankreichs in Egypten doch die Erfolge und die Stellung Englands glaubt man aber in Aussreuungen und Gerüchten, welche behaupten, daß an die Stelle des englisch-französischen Bündnisses, das Gambetta angestrebt, ein englisch-deutsches treten werde.

Die französischen Regierungskreise betrachten indeß die Lage für Frankreich als minder bedenklich und scheuten der Nachricht bezüglich eines englisch-deutschen Bündnisses keinen rechten Glauben. Dieser Zweifel ist auch berechtigt. Thatsächlich hat die allgemeine Lage sich wenig verändert, und es dürfte auch kaum in der Gruppirung der Mächte eine Veränderung eintreten. Was bezüglich einer Annäherung Englands an Deutschland oder an das deutsch-österreichische Bündniß durch die Presse ging, ist wohl nur in ähnlichem Sinne aufzufassen, in welchem, und zwar mit Recht, von einem Anschlusse Italiens an Deutschland und Oesterreich gesprochen wurde. Ein solcher Anschluß würde nur den Beitritt zu dem Programme bedeuten, das Deutschland und Oesterreich sich vorgezeichnet haben. Diese Mächte beabsichtigen aber keine Veränderung der europäischen Lage, geschweige denn eine Friedensstörung. Selbst durch das kriegerische Vorgehen Englands gegen Egypten ist die Lage im Wesentlichen nicht verändert worden; ja alle Anzeichen sprechen dafür, daß seitens Englands nichts geschehen werde, wodurch eine ernste Störung hervorgerufen werden könnte. Der englische Feldzug in Egypten ist gewissermaßen als ein Keil in die Konstantinopeler Conferenz zu betrachten. Diese Conferenz besteht aber noch heute und sie kann, weil der Feldzug nicht gegen ihren Willen unternommen worden, ihre Arbeiten wieder fortsetzen, sobald England mit seinen auf den jüngsten Kriegserfolgen beruhenden Vorschlägen herangetreten sein wird.

Ob nun diese oder eine andere Form gewählt wird, ob man eine Verständigung über die englischen Vorschläge von Cabinet zu Cabinet versuchen und der Conferenz nur der Rest der Aufgabe zufallen wird, jene Vorschläge anzunehmen: jedenfalls dürfte das Endergebniß in der formellen Wiederherstellung der früheren Verhältnisse Egyptens bestehen, deren Aufrechterhaltung die eigentliche Aufgabe der Conferenz gewesen ist. Selbstverständlich wird sich dies nur auf die formelle Wiederherstellung jener Verhältnisse beziehen können. Es ist nämlich unschwer zu begreifen, daß der englische Feldzug gewisse Veränderungen in Egypten im Gefolge haben müsse, und wohl Niemand kann ernstlich wünschen, daß die früheren fraglichen Zustände in ganz unveränderter Form wieder hergestellt werden sollen. Es ist auch wirklich Aussicht vorhanden, daß die in den neugeschaffenen Thatsachen enthaltenen sachlichen Veränderungen mit der formellen Aufrechterhaltung der früheren Verhältnisse in Einklang gebracht werden können.

Ueber die thatsächlichen Veränderungen, die auf die Souverainität des Sultans und die englisch-französische Controle sich beziehen (zwei Dinge, die ihre frühere Bedeutung nicht mehr erhalten können), wird wohl Niemand einer Täuschung sich hinzugeben vermögen. Man hat sich wahrlich genug bemüht, den Sultan zu einem thätigen Eingreifen in die egyptische Verwerrung zu veranlassen und man hat auch einem Zusammengehen Frankreichs mit England keine Hindernisse bereitet. Die englische Einzelaction, ja die Nothwendigkeit derselben ergab sich erst, als ein energisches Einschreiten von außen her anerkannt worden war und außer England keine andere Macht sich gefunden hatte, die zu einem nachdrücklichen Vorgehen bereit gewesen wäre.

Man wird also gegenwärtig daran denken können, England die Vortheile, die es aus seinem Feldzuge in Egypten gezogen, verkümmern zu wollen. England weiß jedenfalls sehr wohl, daß seine Vortheile ausschließlich auf den geschaffenen Thatsachen beruhen, die man ihm nicht streitig machen kann. Beati possidentes! So denkt John Bull, indem er sich am Suezcanal häuslich einrichtet! England wird deshalb, schon um den Schein zu vermeiden, als strebe es irgend etwas mit den Verträgen Unvereinbares an, der Herstellung der früheren Formen nicht hinderlich sein. Daraus geht als Schlußfolgerung hervor, daß für wesentliche Veränderungen bezüglich der Stellung der Mächte zu einander sich keine Veranlassung bietet und daß, ungeachtet aller Gerüchte über neue Gruppirungen, das Ergebniß des englischen Feldzuges die europäische Lage im Allgemeinen unberührt lassen wird.

Leipzig, 18. October 1882.

Der Bundesrath, welcher bereits zu einer ersten Sitzung nach den Ferien zusammengetreten ist, hat die Aufstellung der Reichseinnahmen und Ausgaben des vergangenen Etatsjahres 1881/82 in Empfang genommen. Die Reichshaushaltsrechnung für diese Rechnungsperiode stellt sich recht günstig dar. Die Gesammtsumme der Einnahme einschließlich der verbliebenen Reste beträgt 726,119,431 ℳ 7 ₰, die der Ausgabe, ebenfalls einschließlich der Reste 701,842,326 ℳ 81 ₰, so daß also die Einnahme die Ausgaben ebenfalls unter Berücksichtigung der beiderseitig verbliebenen Reste um 25,077,104 ℳ 26 ₰ übertreffen, von denen 10,558,250 ℳ im Reichsetat 1882/83 verrechnet werden, während die Restsumme von 24,077,104 ℳ 26 ₰ zur Verfügung bleibt. Die Etatsüberschreitungen, welche der Bundesrath, vorbehaltlich der verfassungsmäßigen Entlastung zu genehmigen hat, betragen in den Einnahmen 6,160,450 ℳ 91 ₰, in den Ausgaben 13,940,178 ℳ 54 ₰ einschließlich eines Postens von 136,355 ℳ 77 ₰, welche auf Etatsüberschreitungen und außeretatsmäßige Ausgaben bei den kaiserlichen Hauptpostämtern entfallen.

Nach der Ansicht von Mitgliedern der Reichscommission für die socialpolitischen Gesetze wird noch mindestens eine vierwöchentliche Thätigkeit erforderlich sein, um die Arbeiten bis zum Bericht an das Plenum zu fördern. Nicht viel geringeren Zeitaufwand beanspruchen die Arbeiten für die Gewerbeordnungsnovelle, so daß diese Entwürfe vielleicht kaum im Januar zur Plenarberathung gelangen können. Die Hauptthätigkeit des Plenums wird der Reichshaushalt in Anspruch nehmen; das übrige für die Plenarberathung zu erwartende Material ist weder an Zahl noch an Inhalt belangreich.

Von der vielbesprochenen conservativen Agitation auf Beschränkung des Post- und Eisenbahnverkehrs an den Sonntagen ist wenigstens im Bureau des Reichstags, wo derartige Wühlereien immer zuerst, und zwar in der Form von Massenpetitionen, ihren Niederschlag finden, herzlich wenig zu merken. Es scheint demnach noch viel schwerer zu sein, einen Ansturm gegen die Freiheit des Verkehrs zu inszeniren, als wie es s. Z. gewesen ist, die Tausende von Unterschriften gegen die Civilehe zusammen zu bringen.

Der italienische Botschafter in Berlin Graf Launay ist auf besondere Aufforderung nach Rom gereist. Man bringt diese Reise mit den besonderen Schwierigkeiten in Verbindung, welchen die Besetzung des Botschafterpostens in Paris begegnet. In diplomatischen Kreisen wird es als nicht ausgeschlossen bezeichnet, daß Graf Launay den Pariser Posten übernimmt und der Unterstaatssecretair im Auswärtigen Amte Baron Blanc, einer der begabtesten italienischen Diplomaten, für seine Nachfolge ausersehen werde.

Aus verschiedenen, bis vor kurzer Zeit noch ganz deutschen Grenzgegenden Böhmens häufen in der Jüngstzeit sich die Nachrichten über die massenhafte czechische Einwanderung. Diese Leute, die kein Wort deutsch sprechen und, falls sie es auch sprechen, nicht reden wollen, bestehen nicht allein aus allerlei Gewerbetreibenden, Arbeitern und Tagelöhnern, sondern auch aus Kleinbürgern und Landwirthen, welche nicht selten verkäufliche Grundbesitz erwerben, der vorher in deutschen Händen gewesen. Sobald nur ein Dutzend Czechen irgend wo in einer deutschen Gegend sich niedergelassen, so ist es ihr erstes, eine „Beseda" (Unterhaltungs-Verein) zu gründen, der aber eigentlich mehr mit national-czechischer Propaganda als mit geselligen Dingen sich beschäftigt. In der Regel sind diese Einwanderer auch ausreichend mit Geldmitteln versehen, begrüßen sich oftmals als alte Bekannte, was auf die Vermuthung führt, daß diese Einwanderung im czechischen Lager eine abgekartete Sache sei. Wie es sich damit auch verhalten mag, Thatsache ist jedenfalls, daß die czechische Bevölkerung in bisher rein deutschen Städten und Gegenden Böhmens fortwährend in Zunahme begriffen ist. Das bezieht sich namentlich auch auf Reichenberg. Dort wird bereits dem tüchtigsten deutschnationalen Blatte Böhmens, der „Reichenberger Zeitung", ihr Fortbestand so sauer gemacht, daß die Eigenthümer derselben, Gebrüder Stiepel, zwei Deutsche aus dem Reiche, sich entschlossen haben sollen, ihr Buchdruckereigeschäft sowie ihren Grundbesitz zu verkaufen und nach Deutschland zurückzukehren.

Der Eintritt der beiden bisher der Opposition angehörenden Baron Kemeny und Graf Paul Szechenyi in das Cabinet Tisza dürfte auch in Deutschland nicht ohne Interesse zur Kenntniß genommen werden, weil damit Persönlichkeiten an die Spitze Ungarns treten, welche für Reformen, namentlich auf dem Gebiete der Agrargesetzgebung wirken, die auch in Deutschland erstrebt werden. — Ohne Zweifel — so wird aus Budapest geschrieben — ist die Lösung der Ministerkrisis eine sensationelle, von den Wenigsten erwartete. Hat das Cabinet Tisza in dem Baron Kemeny einen tüchtigen, mit allen Einzelheiten des Ressorts des Communications-Ministeriums vertrauten, in Finanzfragen competenten und für die Budgetdebatten sehr gewandten Minister gewonnen, so bedeutet die Uebernahme des Portefeuilles für Agricultur, Industrie und Handel durch den Grafen Paul Szechenyi die Durchführung eines Reform-Programmes auf dem Gebiete dieses Faches von weittragender Bedeutung. Graf Paul Szechenyi gehörte der gemäßigten Opposition an und galt als Führer einer kleinen Fraction, welche den Agrarreformen den Vorrang vor allen anderen sichern wollte. Er brachte diese Reformideen zuerst zur Sprache und gewann in kurzer Zeit die gesammte öffentliche Meinung für sich. Die Regierung stand dem nicht unfreundlich gegenüber und man braucht nur auf die Gesetze betreffend das Maximum der erlaubten Zinsen, der Bestrafung des Wuchers, der Errichtung des Landes-Bodencredit-Instituts für den Kleingrundbesitz und neuestens auf die Gesetzentwürfe betreffend die Abtösung der Schankrechte und anderer Regalien durch die Gemeinden zu verweisen. Graf Paul Szechenyi will aber ein gut Stück weiter gehen und gesetzliche Verfügungen zur Beschränkung der Zerstückelung des kleinen ländlichen Besitzes statuiren. Diese Idee findet Anklang bei einem großen Theil der Regierungspartei; so vertritt selbe Graf Emanuel Andrassy, der auch die Exemption der Wirthschaftsgeräthe des Kleingrundbesitzes vom Subhastationsverfahren gesetzlich normirt wissen will. Es kann daher fast mit Bestimmtheit vorausgesagt werden, daß mit dem Eintritt des Grafen Paul Szechenyi in das Ministerium die Agrarreformen der ungarischen Regierung rasch und auf einer breiten Basis zur Ausführung gelangen werden. Großes Gewicht legt Graf Szechenyi auf die Entwickelung der Industriezweige, welche sich an die Landwirthschaft anlehnen, und tritt auch für eine Reform des Gewerbegesetzes ein in dem Sinne der Kräftigung und der Organisation des Kleingewerbes. Die politische Bedeutung dieser Lösung der Krise anbelangend, wollen wir nur so viel hervorheben, daß Graf Szechenyi eines der populärsten Mitglieder der gemäßigten Opposition ist und daß sein Anhang größtentheils aus Großgrundbesitzern besteht. Die Stellung des Cabinets Tisza ist daher durch seinen Eintritt sehr gekräftigt worden."

Die rumänische Regierung läßt es in Abrede stellen, daß von ihr in der Kiliafrage eine Circularnote an die Großmächte versendet worden sei, sie habe vielmehr nur eine Informationsdepesche an ihre bei den letzteren beglaubigten Vertreter gerichtet, in welcher sie ihren Anschauungen Ausdruck gab. Von anderer Seite wird die Existenz der Note ebenso bestimmt aufrechterhalten. Es mag dahingestellt bleiben, welche Lesart die richtige ist. Das, worauf es ankommt, ist in erster Linie, daß Rumänien überhaupt Veranlassung genommen hat, sich über das russische Vorgehen zu beschweren; die Form, in der es geschah, kommt jedenfalls erst in zweiter Linie in Betracht. Was den Inhalt der Beschwerde betrifft, so verlautet, daß dieselbe sich wesentlich gegen die Beeinträchtigung der rumänischen Hoheitsrechte über das rechte Ufer der Kiliamündung richtete, welche seitens Rußland dadurch verletzt wurden, daß es die ganze Kiliamündung als Rußland allein gehörig behandele und durch seine Ingenieure Sondirungs-Arbeiten beginnen ließ. Nach internationalem Recht durfte Rußland diese Arbeiten nicht in Angriff nehmen, ohne vorher Rumänien davon verständigt zu haben. Rumänien erblickt hierin eine Verletzung des Berliner Vertrags, gegen welche es an die Entscheidung der Mächte appellirt. Daneben wird auch die Differenz über die Competenzfrage zwischen Rußland und der Donaucommission zur Sprache gebracht. Bis jetzt hat man sich in Wien für die rumänischen Beschwerden noch nicht sehr zu erwärmen gewußt.

Der Moskauer „Ruß" bringt einen überaus heftigen Artikel gegen die „geheimen Umtriebe Oesterreichs im slavischen Orient". Das genannte Blatt schreibt im Wesentlichen: „Aus Macedonien, Rumelien, ja sogar aus dem Fürstenthum Bulgarien gehen uns Alarmnachrichten zu, welche seitens der slavischen Welt die höchste Beachtung verdienen. In jenen rechtgläubig-slavischen Ländern läßt nämlich Oesterreich möglichst geräuschlos seine abscheuliche Jesuitenmiliz aufmarschiren, welche der orthodox-slavischen Kirche den Krieg erklären und den Boden für die Absichten Oesterreichs ebnen soll. Selbst in der bulgarischen Hauptstadt Sofia, wo es vor dem Befreiungskriege nicht eine einzige katholische Kirche und solche Schule gab, besteht gegenwärtig schon fast ein Drittel der Bewohner aus Katholiken, zumeist Croaten, Czechen und Slowenen, die Oesterreich zur Verfolgung seiner Zwecke nach Bulgarien geschickt hat. In Sofia haben bereits die Jesuiten eine ganze Reihe Schulen errichtet, in denen die Propaganda gegen die rechtgläubige slavische Kirche planmäßig betrieben wird. Da bekanntlich das Papstthum der größte Feind der slavischen Welt ist, so fordern wir die bulgarische Regierung auf, jenem Unwesen schleunigst ein Ende zu machen."

Aus Südbulgarien kommen Nachrichten, daß dort eine große Agitation gegen Aleko Pascha herrsche. Derselbe unternahm kürzlich eine Inspectionsreise durch das Land, welche 18,000 Frcs. kostete, die selbstverständlich die Steuerträger, aber nicht Aleko's Privatsäckel zu decken haben werden. Da die Ergebnisse jener Reise dem Aleko und seinen Leuten als überaus wichtig aufgebauscht wurden, so erlaubte sich das Permanenz-Comité der nationalen Landesvertretung an Aleko die Frage zu richten, ob er geneigt wäre, dem Comité die Ergebnisse seiner Reise mitzutheilen. Aleko's Antwort war eine überaus unhöfliche, die mit der Bemerkung schloß, er kenne kein Permanenz-Comité der nationalen Landesvertretung und wenn ein solches ohne seinen Willen und Wissen überhaupt bestehe, so habe es sich jedenfalls nicht in Regierungsmaßnahmen zu mischen, für die er allein, Aleko Pascha, verantwortlich sei. In Folge dieser Erklärung herrscht nun in Südbulgarien große Entrüstung. Gleichzeitig hat auch Aleko Pascha eine Verordnung erlassen, die allen Beamten verbietet, Journale herauszugeben oder an solchen durch Mitarbeiterschaft sich zu betheiligen. Das in Plowdiw erscheinende Journal „Red" (Ordnung) fordert zu Volksversammlungen auf, die gegen die Willküracte Aleko Pascha's protestiren sollen.

Die in Konstantinopel erscheinenden türkischen Blätter „Terdschimani-Hakikat" und „Osmanli" behaupten, daß in Bulgarien wieder Comités aufgetaucht, welche „Räuberbanden" nach Macedonien in Marsch setzen wollen. Das erstgenannte Blatt will sogar wissen, das „Central-Comité" zur Organisation jener Räuberbanden befinde in Sofia selbst, wo man dem Gesindel, das sich anwerben läßt, große Handgelder bezahle. Die gesammte Presse Bulgariens, die der Regierung an der Spitze, verweisen die Nachrichten der beiden türkischen Blätter in das Gebiet der „einfältigsten Fabeln", welche in Bulgarien jedenfalls mehr Heiterkeit als Entrüstung erregen können.

Der bekannte italienische Staatsmann Herr Minghetti hat als öffentlicher Redner in die Wahlbewegung eingegriffen und seinen Standpunct — bekanntlich huldigt Herr Minghetti conservativen Anschauungen — in einer Weise festgestellt, welche ihn die Regierung von ihrem Standpuncte aus nur zu Danke verpflichtet sein kann. Von einer Opposition um jeden Preis ebensoweit entfernt, wie von einer unthätigen Zurückhaltung, läßt Herr Minghetti vielmehr seinen patriotischen Empfindungen den Vortritt. Der Fluß seiner Rede mündet in das Fahrwasser der auswärtigen Politik, allein trotz der von ihm bezeichneten Klippen und Untiefen will er die Leitung des Staatsschiffes vertrauensvoll den Händen der Depretis und Mancini überlassen. Man kann dem Hervortreten des genannten Staatsmannes ein großes Geschick und seine politische Berechnung nicht absprechen. Bei der zeitigen Zurückhaltung des conservativen Elements ist der Uebergang der parlamentarischen Herrschaft an diese Partei vorerst nicht zu gewärtigen. Sie handelt indessen nur politisch richtig, wenn sie dauernden positiven Antheil an den öffentlichen Geschäften nimmt. So bleibt sie in permanentem Zusammenhang mit ihren Gegnern. Herrn Minghetti's Rede könnte man unter diesen Umständen ebenso gut ein conservatives Programm der Zukunft wie der Gegenwart nennen.

Die Wahlen in Preußen.

Morgen, am 19. October, finden in Preußen die Neuwahlen zum Abgeordnetenhause statt; es wird daher angemessen sein, noch in größter Stunde einen Blick auf die Parteilage zu werfen.

Die jetzt abgelaufene Gesetzgebungsperiode des preußischen Landtages zeigte seit langer Zeit zum ersten Male das Bild, daß die liberalen Parteien die Minderheit, die Conservativen im Verein mit den Ultramontanen die Mehrheit in der Volksvertretung bildeten. Diese Mehrheit hat sich unfähig zu irgend welchen schöpferischen Leistungen von größerer Bedeutung erwiesen; auf allen Gebieten des Staatslebens war Stillstand und Unfruchtbarkeit, Feindschaft gegen die Schöpfungen früherer Zeiten, ohne die Fähigkeit, etwas Besseres an die Stelle zu setzen, das Merkmal dieser Gesetzgebungsperiode unter der Herrschaft einer conservativ-clericalen Mehrheit. Die einzige Maßregel von umfassender Bedeutung, die Verstaatlichung des Eisenbahnwesens, konnte die Regierung nur durchsetzen, indem die Nationalliberalen die Unterstützung gewährten, welche das Centrum versagte.

Diese zu aufbauender Thätigkeit unfähige, nur zum Unterwühlen und langsamen Untergraben der Grundlagen einer früheren Reformgesetzgebung geschickte Mehrheit aus der Volksvertretung zu beseitigen, den liberalen Parteien wieder den alten entscheidenden Einfluß zu verschaffen, muß das Ziel der bevorstehenden Wahlen sein. Nicht in überstürzender Hast, aber in planmäßigem, besonnenem Fortschreiten muß das preußische Staatswesen nach den Bedürfnissen der Zeit ausgebaut, mit Kraft und Festigkeit das Errungene gegen Angriffe und Feindseligkeiten reactionärer Parteien geschützt, aber auch unberechtigten oder unerreichbaren Forderungen eines politischen oder kirchlichen Radicalismus entgegengetreten werden. Die Ueberzeugung, daß die Existenz einer gemäßigten, mit den Thatsachen rechnenden liberalen Partei in annähernder Stärke eine Nothwendigkeit für jedes Staatswesen ist, kann nicht erschüttert werden.

Für die besondere Aufgabe der nationalliberalen Partei im künftigen Abgeordnetenhause halten wir es, alle Angriffe gegen die bestehende Gesetzgebung und die Hoheit des Staats auf dem Gebiet der Kirche und Schule abzuwehren. Die kirchenpolitische Gesetzgebung der siebziger Jahre muß gegen alle Untergrabungsversuche aufrecht erhalten und bei jedem Vorschlag einer Revision aufs Sorgfältigste geprüft werden, ob nicht die Hoheitsrechte oder Lebensinteressen des Staates irgendwie gefährdet sind. Desgleichen muß die Schule vor dem Eindringen eines unduldsamen kirchlichen Geistes kräftig geschützt werden. Hinsichtlich der Reform der inneren Verwaltung muß ein fortschreitender Ausbau der neueren Gesetzgebung in dem Geiste, in dem sie begonnen, und ihre Ausdehnung auf das ganze Staatsgebiet gefordert werden. Allen Versuchen, dem Grundsatze der Selbstverwaltung oder einer unparteiischen Verwaltungsgerichtsbarkeit offen oder geheim zu Gunsten der Wiederherstellung des bureaukratischen Systems